

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

5.7.1851 (No. 156)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 5. Juli.

N. 156.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühren: die gesaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

Die Noth der Handwerker *).

In der vor einem Jahre erschienenen Schrift: „Deutschlands Bedürfnisse, Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstags-Deputirten“, heißt es S. 11 f.: Der große Kunst-Verband, der durch alle Länder deutscher Zunge reicht, der dem jungen Manne überall Mittel zur Ausbildung, zu häuslichem Leben, zu ehrlichem Unterkommen bot, ist lange übersehen und verachtet; man hat die Kunst nur in dem engen Begriffe eines lokalen Monopols aufgefaßt und mit roher Hand zerstört, was man nicht erkannt hatte. Was die Theoretiker der Gewerbefreiheit übrig gelassen und die alte Sitte geschädigt hatte, das wurde von den Praktikern der Polizeibüreaus vernichtet. So hat man aus der Anhäufung unfähiger Schuster, Schneider u. d. Proletariat der großen Städte, und in den durch die Polizei gehegten Handwerksburschen eine bereite Armee für die Straßentravalle geschaffen. An dieser Frage hängt wesentlich auch diejenige der Freizügigkeit; und wenn irgend eine der wahrhaft reformirenden Hand bedarf, und irgend eine im Zusammenhang für ganz Deutschland bearbeitet werden müßte, so ist es diese.

Sie werden mir vielleicht erwidern, daß das gewerbliche Proletariat seinen Sitz im Fabrikssystem habe. Allein ich verweise Sie auf die preussische Gewerbetabelle pro 1846; dort können Sie finden, daß von den gesammten Gewerbetreibenden die Handwerker fast 48 Prozent, und die gesammte Weberei mit all ihrem schleisschen und bergischen Proletariat nur 16 Prozent, daß ferner von allen Handwerkern (Summa 842,148) die Schuhmacher und Schneider fast $\frac{2}{3}$ betragen (Summa 241,315); daß endlich von 1837—1846 bei den Schuhmachern und Schneidern die Zahl der Meister um $\frac{1}{6}$, die Zahl der Gehilfen aber gar bei den ersteren um $\frac{1}{6}$ und bei den anderen um mehr als $\frac{1}{3}$ gestiegen ist. Werden Sie mir nun glauben, daß die Schuhmacher und Schneider von Bedeutung sind? — Selbst in Preußen kommen sie dem Personal der gesammten Fabrikweberei (269,238) fast gleich und übersteigen das ganze Personal der Metallfabrikation (100,196) fast $\frac{2}{3}$ mal. — Ich könnte das noch weiter durchführen, z. B. durch Schmiede und Tischler, die wieder $\frac{1}{21}$, also fast $\frac{1}{4}$ sämmtlicher Handwerker bilden, und wo das Mißverhältniß der Steigerung noch schlimmer ist, indem bei den Tischlern die Zahl der Meister von 3 auf 4, die der Gehilfen gar von 2 auf 3, bei den Grobshmiedern die Zahl der Meister nur von 8 auf 9, die der Gehilfen aber von 2 auf 3 gewachsen ist, während bei den Schlossern die Zahl der Meister stehen geblieben und nur die Gehilfenzahl von 5 auf 6 gestiegen ist. Die Krankheit liegt hier auf der Hand; überall eine Vermehrung der Gehilfen weit über die ebenfalls unverhältnißmäßige der Meister hinaus, also ein wachsender Ueberfluß an Solchen, die nie selbst Bürger werden können und doch zu einseitiger Arbeit und höhern Ansprüchen gezogen sind; und Solcher, die selbständig geworden, und vermümmern.

Man könnte mit Leichtigkeit diese Schilderung noch weiter ausführen; nur so viel sey hinzugefügt, daß, wenn sie sich auch zunächst auf Preußen bezieht, wo Gewerbefreiheit herrscht, doch auch in den meisten Ländern, in denen das Innungswesen noch gesetzlich besteht, die Ueberfüllung der einzelnen Gewerbe nicht minder groß seyn wird.

Die Hauptfrage nun, wie eine allgemeine deutsche Gesetzgebung da eingreifen könnte und sollte, lassen wir hier aus naheliegenden Gründen unberücksichtigt und beschränken uns auf einige Bemerkungen darüber, was die noch bestehenden Innungen selbst vermöchten, um den eingeengten Nothstand zu mindern.

Das Erste und Natürlichste, was sich uns hier darbietet, ist Beschränkung in der Annahme von Lehrlingen, theils dadurch, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Vorbildung, welche ein Knabe haben muß, um als Lehrling angenommen zu werden, strenger festgehalten werden, theils dadurch, daß sich die Innungen selbst über die Zahl der Lehrlinge Grenzen setzen. Die Buchdrucker sind darin schon mit einem guten Beispiele vorangegangen und haben gleichzeitig die Arbeitslöhne erhöht. Die Sache ist durchzuführen, sobald nur die Mehrzahl der Innungsmitglieder will und zusammenhält. Das ganze Innungswesen beruht ja darauf, daß jeder Einzelne darauf verzichtet, seinen Privatvortheil auf Wegen zu suchen, die dem ganzen Gewerbe, zuletzt also auch ihm, zum Verderben gereichen, und sicher würde einem solchen Streben der Innungen von Seiten der Ortsobrigkeiten und der Staatsregierungen die nöthige Unterstützung nicht fehlen. Aber sie müssen damit anfangen, sich selbst zu helfen. Ist es doch vielfach nur eine Täuschung, wenn man glaubt, mit Lehrlingen wohlfeiler zu arbeiten, als mit Gesellen, und in den meisten Fällen hauptsächlich die Bequemlichkeit der Meister und Meisterinnen Ursache, daß mehr Lehrlinge gehalten werden, als gut ist.

Das Zweite wäre, daß die Innungen den Mangel an Kapital bei jedem einzelnen Meister durch Vereinigungen zu ersetzen suchten, und namentlich zum Ankauf der Rohstoffe,

die sie verarbeiten, zur Anlegung gemeinschaftlicher Vorräthe zusammenträten. Daran würde sich dann leicht auch das Dritte anreihen, nämlich die Errichtung gemeinschaftlicher Verkaufsanstalten, damit sie sich nicht untereinander Konkurrenz machten und der Konkurrenz der Fabrikwaare und der Jahrmärkte besser begegnen könnten. Denn es liegt einmal in der Zeit, daß die Mehrzahl der Käufer fertige Waare verlangt, nicht auf Bestellung arbeiten lassen will. Dieses läßt sich auch

viertens durch Verbindung mit Verlegern erreichen, welche zugleich die Vermittler machen können, um die von Handwerkern auf Kauf gemachten Waaren in den Großhandel zu bringen.

Diese drei letzten Punkte werden schon an vielen Orten mit gutem Erfolge ausgeführt, könnten aber gewiß auch auf noch mehr Gegenstände ausgebeugt, und selbst an kleineren Orten ins Leben gerufen werden. Aber dazu gehört freilich Gemeingeist unter den Innungsmeistern; dazu gehört die Ueberwindung des Brodneides, Lust zur Arbeit und Unternehmungsgelbst. Wo aber diese fehlen, da wird man auch durch alle Künste und Privilegien den so wichtigen und achtungswerthen Stand der Handwerker nicht aufrecht erhalten. Je mehr man äußere Stützen und Verschanzungen um ihn anlegt, desto schneller wird er zu Grunde gehen, weil damit nur der Trägheit und dem Leichtsinne Vorschub geleistet würde.

So ist es ein sehr gefährlicher Irrthum mancher Handwerker, wenn sie meinen, statt durch Handarbeit, die sie gelernt haben, und auf die sie angewiesen sind, durch Kramhandel sich nähren zu wollen, den sie nicht gelernt haben. Manche Innungsgesetze lassen ihnen diesen nach, und es mag derselbe unter Umständen ein nicht zu verachtendes Nebengeschäft, auch in kleinen Städten, die kein ordentliches Kramgeschäft erhalten können, für das kaufende Publikum eine Bequemlichkeit seyn; aber jedenfalls bleibt es widersinnig, wenn Jemand ein Handwerk lernt, um es so gut wie gar nicht auszuüben, sondern statt dessen den Kramhandel zu treiben, den er nicht gelernt hat. In ältern Innungsordnungen ist deshalb auch den Handwerkern der Handel mit Artikeln, die sie nicht selbst gefertigt haben, geradezu verboten, und das war ganz im Geiste des echten Kunstwesens.

Häufen sich aber solche vorzugsweise Handel treibende Handwerker an einem Orte in unverhältnißmäßiger Zahl an, so können sie nicht neben einander bestehen, sie müßten denn das kaufende Publikum gewaltig übertheuern, was bei den heutigen Verkehrsverhältnissen von keiner Dauer seyn kann. Die Konkurrenz wirklicher Kaufleute, die mit größern Kapitalien arbeiten, wohlfeiler ein- und verkaufen, durch ihre Verbindungen immer in Kenntniß des Neuesten erhalten werden, was in ihr Fach schlägt, und die vortheilhaftesten Bezugsquellen und Bezugsarten zu benützen wissen, können sie nicht bestehen. Es ist daher ein eben so verkehrtes als fruchtloses Bemühen, wenn sich hie und da die Innungen bemühen, den Kleinhandel für sich zu monopolisiren, und wenn sie dazu den Schutz der Obrigkeit anrufen.

Durch Prozesse ist noch Niemand reich geworden. Die Handwerker müssen durch die Kraft und das Recht der Vereinigung, die im Wesen der Innungen liegen, vorwärts streben; sie müssen durch Tüchtigkeit der Arbeit, durch Sorgfalt in der Wahl der Rohstoffe, überhaupt durch Zuverlässigkeit und Redlichkeit ein Gegengewicht gegen die Wohlfeilheit der Fabrikwaare suchen, nicht Anrechte zum Handel mit Fabrikwaaren. Solche Handwerke aber, die ohne diesen Handel wirklich nicht bestehen können, die sind gar keine Handwerke mehr, und sollten hinfort weder gelehrt noch gelernt werden.

Deutschland.

|| * Mannheim, 3. Juli. Ein Vergleich der letzten Strafliste unserer Polizeidistrikts-Kommandantenschaften mit der vorletzten ergibt eine erfreuliche Abnahme von strafbaren Vorkommnissen in dem verflossenen Monat. In dem Polizeidistrikt Mannheim-Land wurden im Ganzen nur 56 Strafen verhängt, darunter viele Geldstrafen; überhaupt keine höhere als 14tägige Gefängnißstrafe. In dem Polizeidistrikt Mannheim-Stadt kamen 18 Fälle vor, welche bestraft wurden; unter den Bestraften sind jedoch zehn Nichteinheimische. Daß sich in unserm Polizeidistrikt keine Spuren demokratischer Umtriebe, wie anderwärts, zeigten, rührt einerseits daher, daß die Umsturzpartei bei uns ihr früheres Terrain fast vollständig verloren, andererseits aber von der immer mehr Platz gewinnenden Ueberzeugung, daß bei der energischen Handhabung des Gesetzes Seitens unserer Behörden ein jeder Versuch eines Friedensbruchs ein offenkundiger Unsinn wäre.

Nach mehreren drückend heißen Tagen trat gestern Abend Regenwetter ein; wenn dasselbe nicht etwa anhält, so wird es der Traubenblüthe, die ohnedies schon größtentheils den besten Verlauf gehabt, keinen erheblichen Schaden verursachen. Unsere Feldfrucht reist zusehends der Sichel entgegen; Obß, namentlich Aepfel, sind in solcher Masse vorhanden, daß oft ganz junge Bäumchen über und über damit behängt sind.

|| Nassau, 3. Juli. Einheimische und auswärtige Blätter berichten wiederholt von der starken Zunahme der in den Kasematten und sonstigen hiesigen Gefängnissen verhafteten Personen, deren Anzahl auf 180 angegeben wird. Da die betreffenden Mittheilungen meist nur sehr allgemein lauten, so kann man auswärts, wo man die Verhältnisse nicht näher kennt, leicht zu der Ansicht kommen, als sey vorzugsweise von politischen Gefangenen oder sonst größeren Verbrechern die Rede. Dies ist aber keineswegs der Fall. Die Zahl der politisch Verdächtigen oder Angeklagten ist bei weitem die kleinste und sind in den jüngsten Tagen nur einige Wenige hinzugekommen. Von eigentlichen Verbrechen, um deren willen Gefangene hier sitzen, ist überdies nicht die Rede. Die meisten Vergehen bestehen in Ruhestörung durch Lärmen und Toben, in Widersegligkeit gegen die Polizeigebühren, in rohen Aeußerungen gegen Behörden, in Trunkenheit, in muthwilliger oder boshafter Beschädigung fremden Eigenthums u. dgl. Daß die Strafen zahlreicher sind, als sonst, liegt in der Natur der Sache, da im Kriegszustande manche Vergehen gegen die gute Sitte und gesellschaftlichen Verhältnisse zur Strafe gezogen werden, die zu anderer Zeit unbeachtet blieben, weshalb sie denn auch zum Nachtheil der Gesellschaft so sehr überhand genommen haben. Daß endlich die Zahl der Gefangenen sich zeitweise vermehrt, wird man begreiflich finden, wenn man erwägt, daß sie aus verschiedenen Landestheilen hieher gebracht werden.

Für Einheimische und Fremde, welche einen kürzern oder längern Aufenthalt hier genommen, ist in diesen Tagen bei Buchbinder A. Jung dahier ein recht freundliches Gedenkblatt erschienen, das als eine hübsche Zimmerverzierung dient, oder auch in einem Album aufbewahrt werden kann. Es ist eine recht wohl gelungene Ansicht von Nassau, von der Südseite aufgenommen durch einen preussischen Künstler und in Farbendruck ausgeführt in der bekannten Kreuzbauerschen lithographischen Anstalt in Karlsruhe. Das ganze Bild mit seinen netten Randverzierungen: dem Kehler Thor mit der Gromer'schen Brauerei, dem Schloß, der Stadtkirche, dem Lyzeum, der Einsiedlerkapelle, den beiden Brunnen des heil. Alexis und Bernhard, und dem Schloß Favorite, ist eben so deutlich als rein behandelt und macht dem Zeichner, wie der Anstalt des Hrn. Kreuzbauer alle Ehre.

|| Aus dem Mittelrheinkreis, 2. Juli. Ein Artikel aus Hamburg in der „D. A. Z.“ und ein anderer aus der „Konst. Ztg.“ machen gegenwärtig die Runde durch fast alle Tagesblätter und eröffnen den Lesern die Aussicht auf ein Stückchen moderner skandalöser Chronik. Der Stoff ist pikant genug: eine Mutter wird von habgierigen Söhnen für geisteskrank erklärt und der siebenjährigen schauerhaftesten Einsperrung in einem Irrenhause preisgegeben. Dieses Drama spielt aber nicht etwa weit hinten in der Türkei, sondern bei uns in unserm segneten Baden, in Illenau! Vor den Lesern dieser Zeitung haben wir glücklicher Weise nicht nöthig, jene niedrigen Lügen zu widerlegen. Von solch hübschem Geklaffe wird Illenau, werden die an ihm wirkenden Männer nicht erreicht; aber verwundern müssen wir uns, daß ernste Zeitungen leichtthin Artikel abdrucken mögen, in welchen man eine geachtete Anstalt in solcher Weise besudeln möchte. Den Redaktionen des „Schwäbischen Merkurs“, der „Oberpostamts“ und der „Allgemeinen Zeitung“ wird der Namen und der Ruf der Illenauer Anstalt nicht ganz unbekannt seyn, welcher aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes und aus vielen nichtdeutschen Ländern Kranke anvertraut werden, und nun täuscht man deren Angehörigen die Nachricht auf, daß dort zuchthauswürdige Verbrechen verübt werden! Gewiß ahndeten jene Redaktionen nicht, wach elendem Treiben sie sich gefällig erzeigten, aber ein Blick in das genannte, a no nym erschienene Buch: „eine Mutter im Irrenhause“, würde ihnen den Geist enthüllt haben, der darin sein unsauberes Wesen treibt. Ihren Verfasser wird die strafende Gerechtigkeit treffen. Von den Redaktionen wahrheitsliebender Blätter ist zu erwarten, daß sie wenigstens hintennach prüfen und so weit es möglich ist, wieder gut zu machen suchen, was sie versehen haben.

(Anmerk. d. Red. Es ist allerdings zu wundern, daß die Blätter, welche jene schauerliche Geschichte in ihre Spalten aufnahmen, nicht einmal ein Bedenken des Zweifels an ihrer Wahrheit äußerten, obwohl ihnen das unbefangene Urtheil sagen mußte, daß in Baden, daß in Deutschland überhaupt ein Verbrechen, wie das den Vorstehern der Illenauer Anstalt in empörender Weise aufgebürdete, eine reine Unmöglichkeit ist. Die Anklage gegen die Anstalt ist aber zugleich eine Anklage gegen die Regierung, unter deren Augen so zu sagen solche Verbrechen verübt werden könnten. Wir hoffen daher, daß der Staat selbst einschreite und durch gerichtliche Verfolgung des nichtswürdigen anonymen Bubenstücks nicht sowohl die Ehre seiner Anstalt rette, die nur der Blödsinn für gefährdet halten kann, als dem gekränkten Rechte zur Sühne ver helfe. Es wird sich dann zeigen, aus welcher Duelle, oder vielmehr aus welcher Pfuge moralischer Verdorbenheit der giftige Nebel emporstieg, der die Ehre und Unbescholtenheit, sich aufopfernder Männer, die Ehre der Anstalt und die der Regierung zugleich besudeln soll.)

*) Dieser vom Buchdrucker Frommann verfaßte Aufsatz ist den Deutschen Blättern aus Thüringen entnommen.

München, 1. Juli. (Schw. M.) Der Abmarsch des 1. Bataillons vom Infanterieregiment König aus Kurhessen (Hanau) ist verfügt. Das Bataillon, welches unter dem Kommando des Obersten Hess steht, hat die Bestimmung nach Aschaffenburg und wird einen Theil des zu bildenden, 10,000 Mann starken Bundesstruppen-Korps bilden. Dieselbe Bestimmung hat auch ein zur Zeit in Kurhessen noch befindlicher Zug (4 Geschütze) bayrischer Artillerie. Ein Bataillon vom 11. Infanterieregiment verbleibt noch im Hessischen bis auf Weiteres.

Von heute an finden auf der Eisenbahn von hier nach Hof regelmäßige Nachfahrten statt. Das Institut der Postomnibusse tritt gleichfalls mit dem Heutigen ins Leben. Für diese Omnibusse ist die Fahrkarte gegen die der Gilwagen um ein Viertel ermäßigt (sie beträgt 9 fr. per Stunde) und findet auf derselben unbeschränkte Personenannahme statt, wogegen bei Gilwagen da, wo zugleich Omnibusfahrten stattfinden, eine Beschränkung auf 4 bis 6 Personen je nach der Wagenart eintritt.

Kassel, 2. Juli. Eine neue Verordnung, betreffend die Erläuterungen der §§. 61 und 108 der Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831, ist gestern erschienen. Dieselbe lautet:

Von Goites Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst u. c. Auf Veranlassung der beiden Kommissäre von Oesterreich und Preußen, als den durch Bundesbeschluss vom 11. v. M. dazu bevollmächtigten hohen Regierungen, nämlich des k. k. österreichischen Feldmarschall-Leutnants Grafen v. Keiningen-Westerburg und des kön. preussischen Staatsministers Uden, und nach Anhörung Unseres Gesamtsstaatsministeriums, thun kund: Da der Seitens der Staatsdiener und Staatsbehörden eingetretene Widerstand gegen die Anordnungen der Regierung sich auf irrige Auslegungen der §§. 61 und 108 der Verfassungsurkunde stützt, nach welchen einestheils die jedem Staatsdiener im §. 61 auferlegte Verantwortlichkeit rücksichtlich seiner Amtsvertretung selbst dann eintreten soll, wenn er zu derselben durch seine vorgelegte Behörde angewiesen worden; während diese Verantwortlichkeit nur da stattfinden kann, wo der Staatsdiener selbständig zu handeln verpflichtet ist, wie Solches aus der Natur des Staatsdiener-Verhältnisses folgt, auch ausdrücklich im §. 42 des Staatsdiener-Gesetzes anerkannt ist; andererseits die durch den §. 108 der Verfassungsurkunde vorgeschriebene Befolgung gehöriger Kontraktirter-Verordnungen von einer Beurtheilung Seitens der Staatsbehörden abhängig seyn soll, ob nicht das dadurch Angeordnete der Form eines Gesetzes bedürfe, gegen eine solche Auslegung aber schon die Allgemeinheit der Vorschrift des §. 108 streift, mithin die Nothwendigkeit einer Erläuterung der erwähnten Paragraphen der Verfassungsurkunde vorliegt; so werden, unter Vorbehalt der weiteren bei der definitiven Regulirung der kurhessischen Verfassungsverhältnisse zu erlassenden Anordnungen, die §§. 61 und 108 der Verfassungsurkunde erläutert, wie folgt:

§. 1. Die in dem §. 61 der Verfassungsurkunde angeordnete Verantwortlichkeit aller Staatsdiener hinsichtlich ihrer Amtshandlungen tritt nicht ein, wenn dieselben zu deren Vornahme durch ihre vorgelegte Behörde angewiesen worden sind.

§. 2. Die durch den Schlusssatz des §. 108 der Verfassungsurkunde angeordnete allgemeine Glaubwürdigkeit und Vollziehbarkeit ist ohne Ausnahme sowohl für die Gerichte, als für alle anderen Staatsbehörden maßgebend, so daß nur den Landständen vorbehalten bleibt, wegen des Erlasses von Verordnungen mit der Regierung in Verhandlung zu treten.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten. Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatsstempels gegeben zu Wilhelmshöhe am 1. Juli 1851. Friedrich Wilhelm. (St. S.) vt. Passenpusg. vt. Bolmar. vt. Saynau. vt. Baumbach.

Braunschweig, 27. Juni. (Ndt. Bl.) Die Kommission der Abgeordnetenversammlung, welche sich mit der Prüfung der Verordnung wegen Aufhebung der Grundrechte beschäftigt, hat ihren Bericht erstattet und empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme, mit Vorbehalt jedoch des Inhalts des Art. 2, §. 7, über die Abschaffung der Standesvorrechte, Art. 3, §. 8: „Im Falle einer widerrechtlich verkürzten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet“, und Art. 4, §. 13, in Beziehung auf die Pressefreiheit, wonach dieselbe auch nicht mittelbar, durch Rationen, Postdebit-Entziehungen u. c., beschränkt werden darf.

Bremen, 30. Juni. (N. Br. Z.) Nachdem mehr und mehr die derartigen Unternehmungen von Anfang stets entgegenstehenden kleinen Hindernisse und Schwierigkeiten beseitigt werden konnten, bewahren sich die Dampfschiffe der Bremen-Neu-Yorker Linie, wie in jeder andern Beziehung, so auch namentlich in Bezug auf die Schnelligkeit der Fahrten, worin sie den auf England fahrenden Dampfschiffen Nichts nachgeben, und rechtfertigen das ihnen entgegenkommende Vertrauen. Das Dampfschiff Washington verließ unser Revier am 16. Mai, Southampton am 21. dess., und kam — mit 143 Passagieren und bedeutender Ladung — bereits am 2. Juni in Neu-York an. Es verließ Neu-York dann wieder (mit 108 Passagieren) am 14. Juni und erreichte gestern, am 29. d., die Weser, nach einer Fahrt von nur 14 Tagen und 9½ Stunden. Die Frachtliste zeigt einen Werth der Kontanten von 242,703 Dollars für Havre und 50,000 Dollars für Bremen, wie auch 80 Tons Felle und Tabak für Bremen. Der Washington begegnete zwischen 50° bis 45° N. Br. und 47° N. L. 10 großen Eisbergen.

Kiel, 30. Juni. (H. C.) Es wird behauptet, General Bardenheubach habe neuerdings erklärt, das Kommando über das holsteinische Kontingent nicht übernehmen zu wollen, wofür nicht gleichzeitig die von ihm in Vorschlag gebrachten dänischen Offiziere in das Kontingent eintreten. Es sollen von ihm 46 dänische Offiziere in Vorschlag gebracht worden seyn, und zwar nicht lauter geborne Holsteiner, sondern auch Offiziere, die zu irgend einer Zeit vor 1848 in den Herzogthümern in Garnison gelegen hatten. Ob jene Erklärung wirklich abgegeben worden, darüber haben wir völlig Zuverlässiges nicht in Erfahrung bringen können; doch spricht der

Umstand dafür, daß, wie wir aus sicherer Quelle wissen, ursprünglich die Uebernahme des Generalkommando's von Seiten Bardenheubach's auf Ende dieses Monats festgesetzt war.

Berlin, 1. Juli. Ueber das Verhältniß des Bundes zu den Territorialverfassungen enthält die „Preussische Ztg.“ einen längern Artikel, dem wir die folgenden wesentlichen Stellen entnehmen:

Der Bund kann sich zwar gegen die Einzelverfassungen auf keine Weise gleichgültig verhalten. Sein Zweck ist die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Staaten und der innern Ruhe und Ordnung. Diesen Zweck haben sich die Bundesglieder gegenseitig garantiert; mit diesem Zwecke sind aber gewisse Konsequenzen des konstitutionellen Systems, welche sich nach der Richtung, die seine Entwicklung genommen hat, nicht davon trennen lassen, völlig unverträglich. Das Wesen des Konstitutionalismus wird gerade darin gefunden, daß verschiedene Autoritäten einander das Gegengewicht halten, daß sie durch weise Mäßigung und distinkten Gebrauch ihrer Befugnisse das Gleichgewicht des Ganzen bewahren, daß aber am Ende keine höhere Autorität über entstandene Konflikte entscheidet, sondern daß die Entscheidung durch Staatskräfte oder Revolutionen erfolgt, wenn nicht Klugheit oder Patriotismus von beiden abräthen und zum zeitigen Nachgeben bewegen. Im Deutschen Bunde kann die Vermeidung von Staatskräften und Revolutionen nicht lediglich der Klugheit und dem Patriotismus überlassen bleiben, und man kann die Folge, daß da, wo es an beiden fehle, innere Zerrüttungen eintreten sollen, nicht akzeptiren, weil alle Staaten solidarisch verpflichtet sind, solche Zerrüttungen von sich fern zu halten. Die volle Konsequenz des konstitutionellen Systems kann der Bund also nicht zulassen, und da allerdings, wenn man die Konsequenz, die eben den Schlupstein des Systems bildet, daraus entfernt, das System selbst sich auflöst, so hat der Bund dem Vorwurfe unterliegen müssen, als habe er die Untergrabung verfassungsmäßiger Freiheiten zum Zwecke. Der Bund kann aber auch nicht mehr, als gegen die Extravaganzen, welche aus der Handhabung des konstitutionellen Wesens folgen können, eine Gränze ziehen. Hierzu bedarf es einer Wiederholung und näheren Einschränkung der in seinen Grundgesetzen enthaltenen Bestimmungen nicht. Vielmehr könnte eine solche Wiederholung in der Ansicht bestärken, als sey damit mehr geolosen, als damit in der That geholfen seyn kann. Ist die ganze Richtung, in welcher sich das konstitutionelle Leben entwickelt hat, einmal nicht die richtige, so ist es nur eine halbe Hilfe, wenn man ihr an einem bestimmten Punkt eine Gränze zieht. Man kommt damit nur dahin, daß an dieser Gränze jedesmal ein Kampf entsteht, in welchem die Regierungen als Unterdrücker, ihre Gegner aber als Verteidiger der Volksfreiheit gelten, und in welchem der Preis in neuen konstitutionellen Garantien, d. i. in der Schwächung der Vertheidigungswaffen der Regierung und Stärkung der Angriffswaffen der Opposition besteht. Ganz geholfen wird nur, wenn man die Richtung selbst korrigirt und der Entwicklung des öffentlichen Lebens die gerade und richtige Bahn vorschreibt. Die hier zu findende Wahrheit, welche allerdings nicht im Negativen, nicht in bloßen Reaktionen gegen den modernen Konstitutionalismus besteht, kann aber ganz entschieden nicht durch Abstimmungen und Beschlüsse des Bundestags, sondern nur durch Einsicht und Entschluß der Staatsmänner in den einzelnen Territorien gefunden werden, welche nicht an die abstrakte Arbeit gewiesen sind, ein allgemein korrigirendes Schema für alle deutschen Staaten zu finden, sondern welche mit konkreten und positiven Zuständen und deren Leitung zu thun haben. Ist hier der erste glückliche Wurf gethan, und hat er sich im Erfolge bewährt, so wird die Nachfolge der übrigen Staaten nicht ausbleiben.

Berlin, 2. Juli. (C. B.) Man hat die frühere Rückkehr des Grafen Arnim-Boitzenburg mehrfach mit den Bestrebungen der Partei der „Kreuzzeitung“ in Verbindung gebracht. Namentlich ist hervorgehoben worden, daß der Graf von seinen politischen Freunden hieher berufen worden sey, weil man an den Fortbestand des Kabinetts in seiner jetzigen Zusammensetzung keinen Glauben habe und weil man für eine neue Kabinettsbildung den Grafen Arnim für die erste Person halte. Die Frage über die Herberufung des Grafen Arnim mag auf sich beruhen; als bestimmt können wir aber mittheilen, daß es eines der ersten Geschäfte des Grafen Arnim war, dem Chef des Ministeriums seine Billigung auszusprechen und dem Kabinet seine uneingeschränkte Unterstützung zuzusichern. Wir hören, daß dies entschieden ministerielle Auftreten des Grafen Arnim im Schooße der neupreussischen Partei etwas Auffsehen gemacht hat; man hatte gerade bei den jetzigen Parteibestrebungen auf den Grafen gerechnet; statt Dessen wendet der Graf seine Unterstützung dem Kabinet zu. Wie es scheint, ist auch Seitens des Ministerpräsidenten der Rath des Hrn. Grafen mehrfach in Anspruch genommen worden.

Der Kriegsminister v. Stockhausen ist heute nach Bad Kösen abgereist.

Leipzig, 30. Juni. (Schw. M.) Die Verordnung in Betreff der strengen Feier der Sonn- und Festtage wird sehr streng gehandhabt. Nicht nur müssen an diesen Tagen alle Geschäfte ruhen, sondern es ist auch den Kaffee- und Bierwirthen u. c. streng untersagt, während der Kirche Gäste zu haben. Wenn man weiß, daß hier von Seiten der Arbeiter zwischen Sonntag und Wochentagen gar kein Unterschied gemacht und die Kirche mit dem Rücken angesehen wurde, so wird man die fragliche Verordnung gewiß gerechtfertigt finden.

Wie man vernimmt, steht ein Schritt in Aussicht, durch den das Verhältniß der Schule zur Kirche wieder ein inneres wird. Nachdem die Vorbereitung der Katechumenen seit einigen Jahren den Lehrern entnommen worden ist, wird die Spezialinspektion jeder Volksschule einem Geistlichen überwiesen werden, und nur die allgemeine den Superintenden ten verbleiben, die bisher außer der allgemeinen auch die spezielle hatten.

Wien, 29. Juni. (Allg. Z.) In dem Befinden des jungen Erzherzogs Ludwig, Bruders Sr. Maj. des Kaisers, schien gestern eine kleine Besserung einzutreten, doch sind über den Ausgang seiner Krankheit leider noch nicht alle Besorgnisse gehoben. Nach dem Ausspruch der ihn behandelnden Aerzte, unter denen der rühmlich bekannte Professor Dr.

Esoda, hat sich der Erzherzog durch einen unglücklichen Sprung, welcher die Verletzung eines Gefäßes zur Folge hatte, eine innere Verletzung zugezogen. — Hr. v. Brud ist gestern Abends von hier nach London abgereist. — Mit dem 1. Juli wird die Einkommensteuer auch im lombardisch-venezianischen Königreich eingehoben. Gleichzeitig ist aber der bedeutende Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer von 50 Proz. auf 33½ Proz. herabgesetzt, und die Entleerung getroffen worden, daß von nun an alle Zahlungen des Staats, wie Dies übrigens bei den Besoldungen und Löhnungen schon seit April d. J. der Fall ist, in Silbergeld geschehen. Die offizielle „Wiener Zeitung“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß das Gerücht von einer Beschwerde des Hamburger Senats bei auswärtigen, insbesondere bei der französischen Regierung, wegen Besetzung der Vorstadt St. Pauli sich nicht bestätigt habe.

Schweiz.

Bern, 30. Juni. (D. P. A. Z.) Die Bundesstadt hat sich festlich geschmückt, um die eidgenössischen Gäste, welche zu dem morgen beginnenden großen Musikfeste angefündigt sind, würdig zu empfangen. Der hochgefeierte Schweizerkomponist Schnyder von Wartensee ist heute aus Frankfurt a. M. hier eingetroffen; andere deutsche Komponisten von Ruf werden erwartet. Stündlich mehren sich die Anmeldungen zur Mitwirkung; aber sie müssen abgewiesen werden, weil das in der Münsterkirche erbaute Gerüst nur 200 Instrumentisten und 500 Sänger und Sängerinnen aufnehmen kann.

Frankreich.

† **Paris, 1. Juli.** Die „Assemblée nationale“ spricht sich in einem ernsten Artikel gegen jene Konservativen aus, die, im Herzen monarchisch, der Umstände wegen es auch mit der Republik nicht verderben wollen. Sie hat dabei Hrn. Dilon Barrot, ja auch Hrn. Broglie im Auge, und sagt: Um die falschen Prinzipien, die in der Februarrevolution gesiegt haben, kräftig, ehlich, und gesetzlich zu bekämpfen, haben die Konservativen nicht nöthig, eine republikanische Maske vorzunehmen. Die Republik zieht aus der geringsten Hulldigung, die man ihr darbringt, hundertmal mehr Nutzen, als ihr jene matten unsichern Streiche schaden, die man ihr unter dem Schleier der Achtung gleichsam mit verrätherischer Hand beibringt. Was helfen 3. B. so erfochtene parlamentarische Erfolge der gegenwärtigen Sache der Ordnung oder der ewigen der Wahrheit? Was helfen Phrasen, wie die, daß man die Republik erhalten müsse, weil sie die Regierungsform sey, die uns am wenigsten trenne? Auf diesem Riesen schläft man ein, gekrönt mit dem doppelten Lorbeer der Reaktion und des Fortschritts. Man bemerkt nicht, daß, indem man die Worte annimmt, man die Dinge annimmt, und man denkt nicht an das Erwachen, das diese Dinge vorbereiten. Die edle Rolle der Konservativen muß sich fern halten von jeder Nachsicht gegen die Doktrinen des Augenblicks, wie von jeder Verschönerung gegen die Regierung. Sie müssen in die Diskussionen die Offenheit einer Ueberzeugung bringen, die zu den herrschenden Irrelehren im entschiedenen Gegensatz steht, und wenn sie sich dem Triumphzug der falschen Götzen nicht widersetzen können, so müssen sie ihn vorüberziehen lassen, ohne das Knie vor ihm zu beugen.

† **Paris, 2. Juli.** Die Blätter geben bereits Nachrichten über die vielbesprochene Reise des Präsidenten nach Poitiers. Wir geben zunächst die Reden des Präsidenten und die des Maire. Die des Letztern lautet so:

„Hr. Präsident! Erlauben Sie mir im Namen der Stadt Poitiers, Ihnen für die Gegenwart bei diesem Einweihungsfeste zu danken; mit der Eisenbahn eröffnet sich für uns eine neue Zeit der Wichtigkeit und Thätigkeit; wir berühren jetzt die Thore von Paris und Bordeaux. Dieses ist die werthvolle Eroberung für unsern Handel und Fabriken.“ Der Maire bespricht hierauf einige Lokalinteressen Poitiers und sagt dann weiter, indem er von Frankreich spricht: „Frankreich, lange durch wilde Stürme bewegt, will keine gottlose und Bruderkämpfe haben; es erkennt keinen andern Schiedsrichter an, als die Gesezlichkeit; keinen andern Streit zwischen seinen Kindern, als den der Wahlurne. Laßt uns in den erleuchteten Patriotismus unserer Mitbürger Vertrauen haben; seyen wir überzeugt, daß an dem großen Tag, an dem gestimmt wird, die Nation wissen wird, mit einer friedlichen, aber mächtigen und unwiderstehlichen Stimme das höchste Defret zu distilliren, vor dem sich alle Franzosen mit Achtung beugen werden. Dann wird ein großer Theil unserer Unzufriedenheit aufgehört haben, ein Gefühl der Sicherheit wird wieder aufleben, die republikanischen Institutionen werden gestärkt werden, und die zahlreichen, von so vielen erleuchteten Männern vorgeschlagenen Verbesserungen werden verwirklicht werden. Diesen Verbesserungen haben Sie, Hr. Präsident, besonders ihre ernstliche Aufmerksamkeit gewidmet, und Sie müssen glücklich seyn, beweisen zu können, daß Sie die Pflichten der hohen, Ihnen anvertrauten Mission und die Bedürfnisse der Zeit, in der wir leben, verstanden haben.“

Die Rede des Präsidenten der Republik lautet: „Hr. Maire! Seyen Sie mein Dolmetscher bei Ihren Mitbürgern, und danken Sie ihnen für den so herzlich und artigen Empfang, den sie mir bereitet haben. Wie Sie, sehe ich dem zukünftigen Schicksal des Landes ohne Befürchtung entgegen, denn seine Sicherheit wird immer aus dem frei ausgebrachten und pünktlich befolgten Willen des Volkes hervorgehen. (Bravo.) Und darum wünsche ich sehr, daß den Augenblick herbei, wo die mächtige Stimme der Nation alle Arten von Opposition niederwerfen und alle Rivalitäten einig machen wird. Denn es ist sehr traurig, Revolutionen zu sehen, die die Gesellschaft aus ihren Fugen bringen, die Alles niederreißen, und die doch die nämlichen Leidenhaftigkeiten, die nämlichen Forderungen, und die nämlichen Zwietrachtselemente bestehen lassen. (Beifall.) Wenn wir Frankreich durchreifen und die verschiedenen Reichthümer seines Bodens, die bewunderungswürdigen Produkte seiner



D.717. [3]1. Oberhausen. Verkauf von Liegen- schaften.

Das Postgebäude zu Wag- hausen, an der Landstraße von Karlsruhe nach Mannheim gelegen, soll mit Zugehörden auf den Antrag der Vertheiligten, der Erbvertheilung wegen, Montag, den 14. d. M., Morgens 10 Uhr,

dem Verkauf ausgesetzt werden. Zu dem geräumigen, solid von Stein aufgeführten, zweistöckigen Hauptgebäude, auf welchem das Realwirthschaftsrecht zum Babilischen Hof hastet, gehört eine Scheuer mit einem Rindviehstall, eine Wagenremise mit Stall und Heuboden, ein großer Pferdehals mit einer Remise, eine Holzremise, zwölf Schweinfälle, zwei Brunnen und etwas über 2 Morgen Hausplatz und Gärten.

Die nahe gelegene große Zuckersfabrik und der damit in Verbindung stehende Verkehr gewähren Gelegenheit zu einem frequenten Wirthschaftsbe- trieb, und wenn der Käufer die nöthige Qualifikation besitzt, ist nicht daran zu zweifeln, daß ihm die seit lange her mit dem Hausbesitz verbundene Post- halterei übertragen werden wird. Die Kaufstiebhaber werden eingeladen, sich auf die oben bemerzte Zeit im Postgebäude zu Wag- hausen einzufinden.

Oberhausen, den 4. Juli 1851. Bürgermeisteramt. Rothardt.

D.718. [3]1. Freiburg i. Br. Afford-Begebung.

Der neue Mutterhausbau für die darmherzigen Schweflern dahier soll mit Ghablon-Schiefer ein- gedeckt, und diese Arbeit im Soumissionswege ver- geben werden. Uebernahmestüchtige Schieferdecker-Meister werden daher eingeladen,

Freitag, den 1. August d. J., Vormittags 8 Uhr,

in der Wohnung des Unterzeichneten (Webergasse Nr. 30, dritter Stock) die diesbezüglichen aufgestellten Bedingungen einzusehen, und am nämlichen Tage ihre Soumissionen einzureichen.

Freiburg i. Br., den 30. Juni 1851.

J. Straub, Stadtbaumeister.

D.639. [3]3. Nr. 20,418. Bruchsal. (Fah- rung.) Am 21. v. Mts. wurden dem Georg Stuber von Rotenfels auf der Eisenbahn zwischen Langenbrüden und Bruchsal zwei Taschenuhren, die er an sich trug, entwendet.

Die eine der Uhren ist von Silber und mittlerer Größe; das Zifferblatt ist mit Glas gedeckt, und hat einen Rand von Semilor.

Die andere Uhr ist ebenfalls mittlerer Größe, ist von Messing, innen gut vergoldet, hat einen Glasdeckel, arabische Ziffern und Zeiger von Stahl. Die Feder des Uhrwerkes ist blau und liegt offen auf dem Werk, welches durchbrochen und stark vergoldet ist.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den zur Zeit noch unbekanntem Thäter. Bruchsal, den 24. Juni 1851.

Großh. bad. Oberamt. v. Stetten.

D.640. [3]3. Nr. 11,953. Schopfheim. (Auf- forderung.) Bei der Aushebungstagsfahrt am 5. v. Mts. sind folgende Konstruktionspflichtige

- 1) Christian Knoderer v. Schopfheim, L. Nr. 29
2) Konstantin Fröhle v. Adelhausen, " 32
3) Georg Rüttschlin von Eichel, " 38

unentschuldig ausgeblieben, und ist deren Aufent- halt unbekannt. Dieselben werden daher aufge- fordert,

binnen 4 Wochen sich dahier zu stellen und ihrer Staatsbürgerpflicht zu genügen, widrigenfalls sie als Refraktäre, per- sönliche Bestrafung vorbehaltlich, in die gesetzliche Gefängnisstrafe von 800 fl. verfallen würden.

Schopfheim, den 23. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. v. Porbed.

D.712. [3]1. Pfüllendorf. (Aufforde- rung.) Josef Vogler von Schwagen, königl. bayerischen Landgerichts Lindau, ist angeklagt, im Spätjahr v. J. sich bei Josef Huber zu Högge und Josef Kuther zu Benstobel bis Martini v. J. als Knecht verdingt und von jedem derselben ein Darf- geld von 2 fl. 42 kr. erhoben, den Dienst aber bei keinem von Beiden angetreten zu haben.

Derselbe wird aufgefordert binnen 4 Wochen sich dahier zu stellen und über die Anklage zu ver- antworten, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis gefällt würde.

Pfüllendorf, den 29. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Neumann.

vd. J. Bette.

D.680. [3]2. Nr. 6451. Stühlingen. (Auf- forderung.) Johann Bernauer von Rauchen ist angeklagt, dem Kaver Güntert von Unter- meitingen 8 Ellen Leinwand, im Werth von 2 fl. 24 kr., dem Ambros Hertenslein von Rauchen ein Pferd, im Werth von 36 fl., entwendet, und hierdurch sich des Rückfalls in das Verbrechen des gemeinen Diebstahls schuldig gemacht zu haben.

Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 4 Wochen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis gefällt werden wird.

Stühlingen, den 26. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Dr. Schmidt.

D.713. Nr. 16,166. Stodach. (Versäu- mungserkenntnis.)

In Sachen Albert Wilschald von Donaueschingen, als Vormund der Wallpurga Martin von da, gegen Pfarrer Ganter in Bollstadtshausen, Besk.,

Forderung betr. Die vorgelegte Urkunde wird für anerkannt er- klärt, und der Beklagte mit allen in dieser Prozes- art zulässigen Einreden ausgeschlossen, zugleich in der Hauptsache erkannt:

Der Beklagte sey schuldig, innerhalb 14

Tagen bei Zwangsvermeidn die eingeklagte Summe von 50 fl. nebst 4 1/2 % Zinsen vom 11. September 1849, sowie 4 fl. 30 kr. Zins- rest und 5 % Zinsen aus der ganzen Forder- ung vom Tage des öffentlichen Ausschreibens an den Kläger zu bezahlen, und habe die Kosten des Streits zu tragen.

W. R. W. So geschehen Stodach, den 31. Mai 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Morz.

vd. Schneider. D.710. Nr. 27,980. Mosbach. (Unbeding- ter Zahlungsbefehl.)

J. S. Zehntrechner David Wiener in Heinsheim gegen den künftigen Bürgermeister Faas alda.

Forderung betr. Beschl. Die klägerischen Forderungen werden mit 11 fl. 32 kr. richterlich dekretirt und dem Beklagten deren Be- zahlung mit Frist von 8 Tagen bei Exekutionsver- meiden aufgegeben.

Mosbach, 25. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Döber.

vd. v. Berg, A. J. D.677. [3]2. Nr. 23,226. Lahr. (Vollstrec- kungsvorschrift und unbedingter Bes- schl.)

In Sachen Lorenz Huber's Wittwe in Friesenheim gegen Ulrich Leut- seld von Lindig, Kanton Jülich, zu Dingslingen,

Forderung betr. 1) Wird zu Gunsten der klägerischen Forderung in folgenden Beträgen:

- a) 100 fl. nebst 5/10 % Zins vom 17. August 1847,
b) 150 fl. " 5/10 " " 20. " "
c) 50 fl. " 5/10 " " 25. " "
d) 9 fl. " 5/10 " " 7. Septbr. "
e) 340 fl. 5 1/2 % Zins vom 21. Fe- bruar 1851,

die Vollstreckung mittelst Verkaufs der dem Ehe- mann der Klägerin verpfändeten Schuld- und Pfandurkunde der M. Winterer'schen Geleute von Wolsch für M. Feigmann von Oberwolsch über 3254 fl. vom 18. Mai 1847 verfügt, und großh. Amtsrevisorat dahier mit dem Vollzuge dieses Ver- trags gemäß §. 1020 d. Pr. D. beauftragt.

2) Wird dem Beklagten aufgegeben, die von der Klägerin liquidirten, zum Erlasse geeigneten Ko- sten, im Betrage von 35 fl. 36 kr.,

binnen 8 Tagen bei Zwangsvermeidn an die Klägerin zu bezahlen. Lahr, den 18. Juni 1851.

Großh. bad. Oberamt. Sauerbed.

D.678. [3]2. Nr. 22,458. Lahr. (Liquidir- kenntnis.) Da in Sachen Eustachius Durst von Seelbach gegen Franz Joseph Schreiber von Zell a. S. in Betreff einer Forderung von 62 fl. Ent- schädigung aus Vergehen der Beklagte des Zahl- befehls vom 6. Mai, Nr. 17,421, ungeachtet weber Zahlung geleistet noch seine Verbindlichkeit wider- sprochen hat, so wird in Folge des klägerischen An- rufens die Forderung als zugehoben erklärt, und Beklagter hiermit angewiesen, den Kläger innerhalb 14 Tagen

bei Vermeidung der Pfändvollstreckung zu befrie- digen. Lahr, den 14. Juni 1851.

Großh. bad. Oberamt. Sauerbed.

D.667. [3]2. Nr. 24,597. Raffart. (Bekannt- machung.) J. S. des Kaufmanns B. S. Worm- ser in Karlsruhe gegen Schirmfabrikant Franz Comlosy in Raffart, Forderung betreffend. Be- schl. Wird das durch diesseitige Verfügung vom 26. Februar d. J., Nr. 7757, für die kläger. Forderung von 4500 fl. nebst 5/10 % Zins vom 24. September 1848 mit Arrest belegte Mietzins- Guthaben des Beklagten bei Strident Rosi, Uhren- macher Jamponi, und Gendarm Hauentein in Raffart, soweit nöthig, dem Kläger an Zahlungsstatt zugewiesen.

Raffart, den 23. Juni 1851. Großh. bad. Oberamt. Dr. Schütt.

D.691. [3]1. Nr. 7750, 51, 59, 60, 1. Civ.-Sen. Mannheim. (Bekanntmachung.)

In Sachen des großh. bad. Fiskus, Klägers, Appellaten, gegen Handelsmann Wilhelm Sachs von Mannheim, Beklagten, Appellanten,

Forderung betreffend. Diese Sache wird zur mündlichen Verhandlung ausgesetzt, bei welcher beide Theile bei Vermeidung des Verlusts der mündlichen Rechtsausfüh- rung zu erscheinen haben.

Diesem wird der auf künftigen Fuß befindliche Beklagte, Appellant, mit dem Anfügen benachrich- tigt, daß sein bisheriger Vertreter die Anwalts- schaft aufgekündigt hat, und ihm daher überlassen bleibt, längstens bis zu der anzubereitenden Ver- handlungstagsfahrt einen anderweitigen Vertreter aus der Zahl der hiesigen Obergerichtsadvokaten für sich zu bestellen.

Mannheim, den 30. Juni 1851. Großh. bad. Hofgericht des Unterpreinkreises. v. Kettner.

Gerbel. D.693. Nr. 29,974. Heidelberg. (Vor- ladung.)

des Kaufmanns J. Ph. Seyfried von Heidelberg gegen J. S. Godefroi und S. de Beau- claire in Amsterdam,

Pfandbrief betreffend, ergeht auf Protokoll vom 28. Januar d. J., Nr. 4460, besagend:

Erscheint Kläger und trägt vor: Den Beklagten schuldet ich für Waaren die Summe von 1690 fl. 29 C. nebst Zinsen, und erwirkt auf diese Summe die Beklagten unterm 20. August 1848 ein Urtheil. Dieses Urtheil ließen die Beklagten in das hiesige Unterpfandbuch unterm 3. Oktober 1848, Nr. 348, S. 641, eintragen, und erwirkt dadurch ein Unterpfandrecht auf meine sämmtlichen Liegenenschaften dahier. Diese Schuld an die Beklagten wurde in- dessen unterm 27. Dezember 1848 durch Zah-

lung getilgt, und damit schwand dann auch der Grund des Unterpfandrechts.

Die Beklagten wollen sich indeffen nicht dazu verstehen, ihre Bewilligung zu dem Pfandbuche zu geben, und ich muß deshalb den Weg der Klage betreten. Meine Bitte geht dahin, Ladung zu verfügen, und nach geschlossenen Verhandlungen zu erkennen, daß der Pfandeintrag über die Schuld von 1690 fl. 29 C. auf S. 641 des 48. Bandes des hiesigen Pfandbuchs gestrichen werde.

(gez.) J. Ph. Seyfried. Großh. bad. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 19. Juni, Nr. 2404.

B e s c h l u ß. Wird Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf Freitag, den 1. August d. J., Morgens 8 Uhr,

anberaumt, und hat sich in derselben das beklagte Handlungshaus bei Vermeidung des gesetzlichen Rechtsnachtheils vernehmen zu lassen; auch läng- stens bis in genannter Tagfahrt einen am hiesigen Gerichtssitze wohnenden Gewalthaber zu bestellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen oder Erkennt- nisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie den Beklagten eröffnet oder eingehändigt worden wären, nur an hiesiger Gerichtsstelle angeschlagen würden.

Heidelberg, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Oberamt. A. A. Schäfer.

D.645. [3]3. Nr. 10,184. Wertheim. (Def- sentliche Vorladung.) Der ledige Georg Ni- colaus Wolpert von Sachsenhausen hat sich im Jahre 1831 in die Fremde gegeben ohne seit dem Jahre 1836 von seinem Aufenthaltsort weitere Nach- richt gegeben zu haben.

Es haben daher dessen Verwandte um fürsorg- liche Einweisung in Besitz und Gewahr seines Ver- mögens gebeten, da sein mündlich Bevollmächtigter die Vollmacht aufgekündigt hat.

Georg Nicolaus Wolpert wird deshalb auf- gefordert,

binnen 3 Monaten seinen Aufenthalt anher anzuzeigen, widrigenfalls dem Antrage seiner Verwandten nach den gesetz- lichen Bestimmungen stattgegeben werden wird. Wertheim, den 17. Juni 1851.

Großh. bad. Stadt- und Landamt. v. Stengel.

D.637. [3]3. Nr. 3606. Eitenheim. (Erb- vorladung.) Den unbekanntem Erben des ledig verstorbenen Roman Petrich von Dörlinbach, vä- terlicher Seite, ist eine Erbschaft von 63 fl. 6 kr. zu- gefallen.

Dieselben werden hiermit aufgefordert, sich binnen 3 Monaten hierwegen bei der unterzeichneten Stelle zu mel- den, widrigenfalls die Erbschaft Denjenigen zuge- theilt würde, welchen sie gebührt, wenn die Vor- geladenen zur Zeit des Erbansfalls nicht mehr am Leben gewesen.

Eitenheim, den 26. Juni 1851. Großh. bad. Amtsrevisorat. Lyncker.

D.692. [3]1. Nr. 3437. Heidelberg. (Erb- vorladung.) Der Aufenthalt folgender Per- sonen ist diesseits unbekannt:

- 1) David König, geb. 1814, Kaiser Sohn,
2) Janna König, Witwe aus Schönau und muth- mäßlich in Amerika,
3) Peter Adolph Gustav König, geb. 1825, David Sohn, aus Waibstadt.

Dieselben sind zur Erbschaft ihrer Tante, bezie- hungsweise Schwägerin, Johann Beder Wittwe, Regine, geb. König, von Schönau, diesseitigen Amtsbezirks, berufen, werden deshalb aufgefor- dert, sich

binnen drei Monaten von heute an zu melden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, wel- chen sie zufälle, wenn sie, die Vorgehabenen, zur Zeit des Erbansfalls gar nicht mehr am Leben ge- wesen wären.

Heidelberg, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Landamtsrevisorat. Killy.

vd. Würz, Assistent.

D.703. Nr. 21,793. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die dies- seitige Aufforderung vom 7. Juni 1850 wird Elisa- beth Baumgartner, verheiratete Lütke, von Murg, für verschollen erklärt und deren Vermögen den erbberechtigten Verwandten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.706. Nr. 21,794. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die dies- seitige Aufforderung vom 7. Juni 1850 wird Anna Sanner, Tochter des Fridolin Sanner von Diggeringen, für verschollen erklärt und deren Ver- mögen den erbberechtigten Verwandten in fürsorg- lichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.709. Nr. 21,795. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die dies- seitige Aufforderung vom 7. Juni 1850 wird Rosine Ulmer, verheiratete Meier, von Oberhof, für ver- schollen erklärt, und deren Vermögen den erbbe- rechtigten Verwandten in fürsorglichen Besitz ge- geben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.705. Nr. 21,795. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die dies- seitige Aufforderung vom 7. Juni 1850 wird Jakob Hierholzer, Sohn des Joseph Hierholzer von Oberhof, für verschollen erklärt und dessen Ver- mögen den erbberechtigten Verwandten in fürsorg- lichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.708. Nr. 21,800. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die öffent- liche Aufforderung vom 22. Mai 1850 wird Jakob Palmert von Herrschried für verschollen erklärt,

und dessen Vermögen den erbberechtigten Verwand- ten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.707. Nr. 21,799. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die öffent- liche Aufforderung vom 7. Juni 1850 wird Thomas Schmidt von Niederhof für verschollen erklärt, und dessen Vermögen den erbberechtigten Verwandten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.704. Nr. 21,796. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die Auf- forderung vom 22. Mai 1850 wird Joh. Baum- gartner von Hattigen für verschollen erklärt und dessen Vermögen den erbberechtigten Verwandten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.702. Nr. 21,797. Säckingen. (Verschol- lenheitserklärung.) Mit Bezug auf die dies- seitige Aufforderung vom 22. Mai 1850 wird Fri- dolin Böckle von Hittin für verschollen erklärt, und dessen Vermögen den erbberechtigten Ver- wandten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Säckingen, den 1. Juli 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.

D.643. [3]3. Nr. 22,800. Kenzingen. (Schul- denliquidation.) Der ledige Landwirth Peter Joseph und dessen volljährige Tochter Barbara Joseph von Hirschheim sind gefunden, nach Amerika auszuwandern.

Es werden deshalb deren etwaige Gläubiger aufgefordert, ihre Forderungen

Montag, den 14. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr,

vor dem Distriktsnotar Mutschler zu Enzingen um so gewisser anzumelden, als ihnen später nicht mehr zur Zahlung verholpen werden könnte.

Kenzingen, den 30. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Söfß.

D.699. [3]1. Nr. 27,641. Emmendingen. (Schuldenliquidation.) Gegen die Verlassens- schaft des Studienraths Jakob Würz in Rimbürg haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zum Rich- tigkeitssitzungs- und Vorzugsverfahren auf

Montag, den 11. August d. J., Vormittags 8 Uhr,

angeordnet. Es werden daher alle diejenigen, welche An- sprüche an die Gantmasse machen wollen, aufge- fordert, solche bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Be- vollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden und zugleich die etwaigen Vorzugs- und Unter- pfandrechte zu bezeichnen, die geltend gemacht werden wollen, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antritte des Beweises mit andern Beweismitteln.

In derselben Tagfahrt wird ein Massepfleger und Gläubigerauswählter ernannt, Borg- und Nach- schlagvergleiche werden versucht werden, und die Richterlichenden sollen in Bezug auf Borgver- gleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerauswähltes als der Mithet der Er- schienenen betheilt angesehen werden.

Emmendingen, den 27. Juni 1851. Großh. bad. Oberamt. Söfß.

D.687. [3]2. Nr. 13,495. Konstanz. (Aus- schlusserkenntnis.)

In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Gantmasse des verstorbenen Pfar- rers Maier in Reichenau,

Forderung betr. werden alle diejenigen Gläubiger, welche bis heute die Anmeldung ihrer Forderung unterlassen haben, hiermit von der vorhandenen Gantmasse ausge- schlossen.

Konstanz, den 23. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Hamburger.

D.668. Nr. 23,657. Staufen. (Ausschluss- erkenntnis.) In der Gant gegen Joh. Baptist Dittler von Brunnen werden alle diejenigen, welche heute ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

Staufen, den 27. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Ketterer.

D.606. [3]3. Nr. 14,161. Möstkirch. (Ver- weisung.) Für den ledigen Karl Lang von Möstkirch ist auf sein Ansuchen Martin Lang von da als Beistand aufgestellt worden, ohne dessen Zustimmung er keines der in L. R. S. 499 ange- führten Rechtsgeschäfte gültig vornehmen kann; was hiemit bekannt gemacht wird. Möstkirch, den 23. Juni 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Wänker.

D.629. [3]2. Nr. 22,740. Waldshut. (Be- kanntmachung.) Johann Gertheß, vulgo Gänze, von Dogern, wurde durch rechtskräftiges Erkenntnis vom 20. v. M. im Sinne des L. R. S. 499 unter Beistandschaft gestellt, und der dortige Bürger Jakob Dberle als Rechtsbeistand ver- schrieben; was hiermit zur öffentlichen Kenntis ge- bracht wird.

Waldshut, den 21. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Jüngling.

D.663. Nr. 16,928. Achern. (Entmündi- gung.) Karolina Büßler von Ottenhöfen wurde wegen Blödsinns für entmündigt erklärt und als deren Vormund Anton Büßler von da aufgestellt; was amnit zur öffentlichen Kenntis gebracht wird. Achern, den 29. Juni 1851.

Großh. bad. Bezirksamt. Hippmann.

D.685. Nr. 21,595. Säckingen. (Entmün- digung.) Die Geschwister Theresia und Juliana Banmarch von Niederhofswald werden wegen Blödsinns entmündigt und unter Vormundschaft des Franz Joseph Wägl von dort gestellt.

Säckingen, den 28. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. Leiber.